

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
SYLVIA GONTERMANN
YVONNE SCHOLLIERS

September 2012

Aktualisiert: März 2016

www.kas.de/kolumbien

Informationen zur Geschichte und zu den Akteuren des Kon- flikts in Kolumbien

Vorgeschichte

Im 19. Jahrhundert begann eine Spaltung der kolumbianischen Gesellschaft, je nach Partei-zugehörigkeit, in konservative und liberale Familien, die sich gegenseitig regelrecht bekämpften. Der Höhepunkt wurde am 9. April 1948 erreicht, als es nach der Ermordung des liberalen Präsidentschaftskandidaten Jorge Elcier Gaitán zum sogenannten „Bogotázo“ mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen kam und landesweit die Epoche der „Violencia“ einsetzte. Die konservative Regierung gab der Kommunistischen Partei die Schuld an der Eskalation, das Militär und die Polizei verübten vor allem auf dem Land regelrechte Massaker in verdächtigen Ortschaften. Im Gegenzug entstanden Selbstverteidigungsgruppen, mit denen sich die Betroffenen gegen diese Übergriffe verteidigten bzw. dafür rächten.

Im Jahr 1953 kam General Rojas Pinilla durch einen Militärputsch an die Macht und gewährte allen beteiligten Gruppierungen eine umfassende Amnestie, einerseits, um der „Violencia“ ein Ende zu setzen, andererseits aber auch mit dem Hintergedanken, danach unbegrenzt an der Macht bleiben zu können. Diese immer offensichtlicher werdenden Ambitionen brachten ihn 1957 zu Fall. Danach einigten sich die beiden verfeindeten Parteien in der sog. „Frente Nacional“ (Nationale Front) auf ein gemeinsames Abkommen, das die Belegung politischer und öffentlicher Ämter durch die beiden Parteien turnusmäßig regelte und bis in die 70er Jahre andauerte.

Da es in dieser Zeit an einer effizienten Opposition fehlte, blieben viele notwendige Reformen aus. So wurden die Eigentumsverhältnisse bei der Landverteilung nie endgültig geregelt, die Reform, die brachliegendes Land an Kleinbauern verteilen sollte, wurde nie realisiert. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wuchs und es bildete sich Zündstoff für die Gründung der zunächst linksgerichteten Guerillaorganisationen, die sich gegen die Staatsgewalt wendeten und mit einer kommunistischen Ideologie anfänglich die Rechte der ärmeren Bevölkerungsschichten verteidigen wollten, während die Großgrundbesitzer paramilitärische Gruppierungen organisierten, um ihr Eigentum zu verteidigen. Diese Ereignisse sind auch vor dem Hintergrund der kubanischen Revolution zu betrachten.

AKTEURE DES KONFLIKTS

Staat – Militär

Der kolumbianische Staat gilt als einer der wichtigsten Akteure im bewaffneten Konflikt, da er laut Verfassung verpflichtet ist, „das Leben und die Ehre jedes einzelnen Bürgers zu schützen, ohne Ansehen seiner sozialen, wirtschaftlichen oder politischen Stellung“ (gem. Artikel 11, 12 und 13 der kolumbianischen Verfassung).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
SYLVIA GONTERMANN
YVONNE SCHOLLIERS

September 2012

Aktualisiert: März 2016

www.kas.de/kolumbien

Zu Beginn des Konfliktes, war es Aufgabe der Polizei, sich direkt mit den Guerilla-Gruppen auseinanderzusetzen, dazu fehlte es ihr jedoch an der notwendigen Kapazität. Daher wurde in den 60er Jahren beschlossen, das Militär gegen diese Gruppierungen einzusetzen.

Dadurch wurde das Militär zu einem der bedeutendsten Akteure im Kampf gegen die Guerilla. Auf der anderen Seite wurden ihm allerdings auch schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen, wie zum Beispiel Kollaboration mit den Paramilitärs, außergerichtliche Exekutionen oder gewaltsames Verschwindenlassen von Personen, was seiner Legitimität in der Gesellschaft schadete.

Von Seiten des Staates wurden im Verlauf des Konfliktes mehrfach Friedensverhandlungen mit den einzelnen Akteuren des Konfliktes begonnen. Dazu folgt weiter unten noch eine ausführliche Aufstellung.

FARC-EP: Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo (Bewaffnete Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee)

Diese Guerilla-Organisation entstand am 27. Mai 1964, also vor über 50 Jahren, als sie sich erstmals landesweit organisierte. Seitdem sind die FARC-EP die wichtigste Guerillagruppe in der Geschichte des bewaffneten internen Konflikts Kolumbiens und die älteste Guerilla weltweit.

In den 60er Jahren begannen „agrarkommunistische“ Bewegungen verschiedene Regionen Kolumbiens zu kontrollieren, die als „Unabhängige Republiken“ bezeichnet wurden. Die FARC organisierten sich anfänglich mit dem Ziel, diese Gebiete gegen die Militärs zu verteidigen. Die in den 80er Jahren angewandten Methoden wie Entführungen und Erpressungen sowie die Änderung der Kampf-Strategie haben jedoch dazu geführt, dass diese Guerilla-Gruppe ihren ursprünglichen Sinn verlor. Der radikale Wandel setzte 1982 nach einem Gipfeltreffen aller Kommandanten der verschiedenen „Fronten“ und der Gründung eines Generalstabs ein, der erstmals die gesamte Organisation koordinierte. Dabei wurde auch die Übernahme der Staatsgewalt als erklärtes Ziel der FARC beschlossen. Formell wurden die beiden Buchstaben „EP“ für „Ejército popular“ (Volksarmee) dem Namen hinzugefügt, als Teil des Planes „Bolivarische Kampagne für ein neues Kolumbien“.

Ihre 10.000 Kämpfer verteilte die FARC nach und nach auf die verschiedenen Regionen des Landes. Dabei setzten sie nicht nur auf Guerilla-Taktiken, sondern nahmen in großen Teilen ihres Territoriums de facto staatliche Funktionen wahr, mehrere Gebiete wurden ausschließlich von den FARC kontrolliert, so dass eine staatliche oder militärische Präsenz dort nicht mehr gegeben war.

Mit der Zeit entwickelten sie sich immer mehr zu einer „Narco-Guerilla“, die von den Einnahmen aus dem Drogengeschäft lebte, ihre Ideologien verblassten zusehends. Mit der massiven Bekämpfung unter Präsident Álvaro Uribe, unterstützt durch die USA im Rahmen des „Plan Colombia“, begann die Schwächung der militärischen Organisation der FARC: Wichtige Führer wurden gefangen genommen oder getötet, wie etwa der Sprecher des Oberkommandos Raúl Reyes im März 2008.

Die FARC operieren auch in den Grenzgebieten zu Brasilien, Ecuador, Panama, Peru und Venezuela. Bis zu seinem natürlichen Tod im März 2008 standen sie unter dem Kommando von „Manuel Marulanda“ alias „Tirofijo“. Ein weiterer Schlag gelang dem kolumbianischen Militär in September 2010, als es das Militäroberhaupt der FARC, alias „Mono Jojoy“ tötete. Ab 2008 bis zu seinem Tod durch die kolumbianischen Streitkräfte im November 2011 führte „Alfonso Cano“ die Guerillaorganisation. Seither ist Rodrigo Londoño Echeverri, alias

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
SYLVIA GONTERMANN
YVONNE SCHOLLIERS

September 2012

Aktualisiert: März 2016

www.kas.de/kolumbien

"Timochenko" der Anführer der Guerillagruppe. Er vertritt die FARC auch bei den aktuellen Friedensverhandlungen mit der Regierung Santos in Havanna.

Paramilitärs

In den 60er Jahren kamen die paramilitärischen Gruppen in Kolumbien auf. Im Jahr 1965 wurde ein Dekret herausgegeben, das die Gründung von Selbstverteidigungsgruppen unter der Kontrolle der offiziellen Streitkräfte erlaubte. Dieses Konstrukt begünstigte jedoch in den 80er Jahren die Entstehung verschiedener bewaffneter Einheiten unter dem Kommando des organisierten Drogenhandels, der sie als Privatarmee benutzte.

Während der Friedensgespräche unter der Regierung des Präsidenten Belisario Betancur (1982-1986) mit verschiedenen Guerilla-Gruppen (bei denen die Paramilitärs nicht beachtet wurden), machten sich diese Gruppierungen die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den offiziellen Streitkräften zunutze, um ihren Einflussbereich in verschiedenen Regionen auszuweiten.

In den 80er Jahren dehnte sich das Phänomen des Paramilitarismus auf das gesamte kolumbianische Gebiet aus, ohne dass die staatlichen Streitkräfte direkt etwas dagegen unternahmen. Zu Beginn der 90er Jahre wurde das Phänomen der Paramilitärs zunächst wie ein Teil des organisierten Drogenhandels behandelt. Dadurch konnten sie sich weiter ausweiten, da man sich in diesem Bereich lediglich auf die Bekämpfung des Kartells von Medellín konzentrierte und die Regierung zu diesem Zweck sogar geheime Allianzen mit den Paramilitärs einging. Während der Regierung von Ernesto Samper (1994-1998), wurde die Gründung von sogenannten „Kooperativen für die Sicherheit auf dem Land“ (Convivir) vorgeschlagen und vor allem im Department Antioquia durchgeführt, wo der spätere Präsident Álvaro Uribe Vélez seinerzeit Gouverneur war. Dadurch sollte den Großgrundbesitzern mehr Sicherheit geboten werden.

Diese Convivir-Kooperativen wurden daraufhin in großem Ausmaß gegründet und im Jahre 1997 organisierten sich die verschiedenen Selbstverteidigungsgruppen und die Paramilitärs unter dem einheitlichen Namen AUC – „Autodefensas Unidas de Colombia“ (Vereinigte Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens) – und standen unter dem Kommando der Gebrüder Castaño (insbesondere Carlos Castaño, der als der politische Führer der Gruppe angesehen wurde). Im selben Jahr erkannte die Regierung die AUC als einen weiteren Akteur im bewaffneten Konflikt an.

Nach dem Beginn der Friedensverhandlungen unter der Regierung von Andrés Pastrana, erfuhr die AUC ihren größten Aufschwung, da die offiziellen Streitkräfte nicht in der Lage waren, effizient gegen die Guerilla-Gruppen vorzugehen. Das stärkte die Position der AUC, sodass beim Amtsantritt von Álvaro Uribe und dem Erlass des Gesetzes „Justicia y Paz“ im Jahre 2005, ein eigener Demobilisierungsprozess mit ihnen begonnen wurde und man ihren Anführern im Gegenzug großzügige Strafminderungen anbot. Die einfachen Kämpfer sollten einem Prozess von „Vergeben und Vergessen“ unterworfen werden.

Movimiento 19 de Abril – M-19

Die „Bewegung 19. April“, oder M-19, war eine illegale Gruppierung, die sich mehr auf den städtischen Bereich konzentrierte. Sie entstand nach einem vermutlichen Wahlbetrug bei den Präsidentschaftswahlen am 19. April 1970, als Misael Pastrana Borrero zum Präsidenten gewählt wurde.

Die Gruppe M-19 führte einige medienwirksame Aktionen durch, wie z.B. den Raub des Schwertes von Simon Bolívar, die Ermordung eines Gewerkschaftsführers, den sie als Verrä-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
SYLVIA GONTERMANN
YVONNE SCHOLLIERS

September 2012

Aktualisiert: März 2016

www.kas.de/kolumbien

ter bezeichneten und den Überfall auf ein Waffenarsenal der Armee. Am 27. Februar 1980 besetzten sie die Botschaft der Dominikanischen Republik in Kolumbien. Auch zeigten sie sich gerne als eine Art „Robin Hood“ und überfielen z.B. Milchtransporte oder Supermärkte, um die Waren später an Bedürftige zu verteilen, was ihnen eine gewisse Sympathie in der Bevölkerung eintrug.

Im Jahr 1985 führte die M-19 jedoch einen Schlag aus, der ihr Ende bedeuten sollte: sie nahmen den Justiz-Palast in Bogotá ein und verlangten die Präsenz des Präsidenten Belisario Betancur, um ihn öffentlich zu verurteilen. Das Militär und die Polizei töteten die 35 Guerilleros, die an dem Überfall beteiligt waren. Dabei kamen jedoch auch die Hälfte der Richter des Obersten Gerichtshofes und 53 Zivilisten um, die sich im Gerichtsgebäude befanden. Der Palast wurde mit einem Großteil der Justizakten niedergebrannt. Die Verantwortung der Regierung für diese „Nebeneffekte“ wird heute noch in Frage gestellt.

Danach begannen Friedensgespräche mit dieser Gruppe, sowohl unter der Regierung von Betancur, als auch der seines Nachfolgers Virgilio Barco. Am 8. März 1990 wurde beschlossen, die Waffen niederzulegen und mit der neugegründeten politischen Bewegung Alianza Democrática M-19 unter der Leitung ihres obersten Kommandanten Carlos Pizarro Leongómez, aktiv an der Politik teilzunehmen.

Als dieser sich bei den Präsidentschaftswahlen 1990 als Kandidat bewarb, wurde er jedoch umgebracht. Sein Nachfolger, Antonio Navarro Wolf, kam auf den dritten Platz, hinter dem liberalen und dem konservativen Kandidaten. In der Verfassungsgebenden Versammlung war die M-19 mit 19 Repräsentanten als größte Gruppe vertreten. Insgesamt wurden jedoch schätzungsweise 5.000 ehemalige Mitglieder der M-19 und Parteimitglieder der Unión Patriótica umgebracht – meist von paramilitärischen Gruppen. Eine unbekannte Zahl gilt als vermisst.¹ Die Bewegung besteht heute nicht mehr, aber viele ihrer ehemaligen Mitglieder sind in den Parteien Polo Democrático Alternativo oder Partido Progresista aktiv.

EPL - Ejército Popular de Liberación (Volksarmee zu Befreiung)

Die EPL wurde 1968 als bewaffneter Flügel der Kommunistischen Partei Kolumbiens gegründet. Sie gilt als drittgrößte Guerilla, die in Kolumbien operiert hat und ihre Aktionen konzentrierten sich zunächst auf einige wenige Departments.

Während der Friedensverhandlungen unter Belisario Betancur 1984 nutzte diese Gruppierung die Feuerpause dazu, ihre Präsenz auf ganz Kolumbien auszuweiten und 3.000 Kämpfer zu rekrutieren. Nach einigen Rückschlägen, wie der Ermordung ihres Anführers, beschlossen sie Anfang der 90er Jahre, die Waffen niederzulegen und sich wieder in die Gesellschaft einzugliedern. 2.600 Personen wurden demobilisiert und engagierten sich in der politischen Bewegung „Esperanza, Paz y Libertad“ (Hoffnung, Frieden und Freiheit).

Die FARC sah diese politische Bewegung jedoch als politischen Feind an und brachte gezielt mehr als 200 ihrer Mitglieder um, was die übrigen wiederum dazu veranlasste, erneut zu den Waffen zu greifen. Momentan hat die EPL weniger als 200 Mitglieder und gilt eher als Stadtguerilla mit Präsenz in einigen wenigen Departments.

ELN – Ejército de Liberación Nacional (Nationale Befreiungsarmee)

Die ELN wurde offiziell am 7. Januar 1965 nach dem Überfall auf das Dorf Simacota und mit einer Ansprache nach dem Muster der Reden von Fidel Castro und Che Guevara in der Kubanischen Revolution gegründet. Die Kommandanten waren die Gebrüder Marco, Antonio und Fabio Vásquez Castaño.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
SYLVIA GONTERMANN
YVONNE SCHOLLIERS

September 2012

Aktualisiert: März 2016

www.kas.de/kolumbien

Die ELN wollte die Unterstützung der Bevölkerung für ihren Kampf gegen die etablierten politischen und militärischen Kräfte erhalten. Für sie war die Revolution der einzige Weg, um die politische Klasse Kolumbiens zu zerstören, dabei fanden sie vor allem unter Studenten viele Sympathisanten. Der 1996 verstorbene, ehemalige Priester Camilo Torres wurde zu ihrer Symbolfigur.

Die ELN ist im Vergleich zu den FARC eine wesentlich kleinere Gruppe und ihre Anführer stammen aus dem städtischen Umfeld. Historisch wurde diese Gruppierung eher als eine bewaffnete politische Partei angesehen denn als eine militärische Organisation.

Seit den 80er Jahren finanziert sich die ELN durch Entführungen und Erpressungen vor allem im Bereich der Ölindustrie. Die ELN besteht bis heute, spielt jedoch nur noch eine untergeordnete Rolle im Konflikt.

Narcotráfico (Drogenhandel)

Das Aufkommen des Drogenhandels in den 80er Jahren – inklusive Schmuggel, Erpressung und Geldwäsche – ist eng mit der wirtschaftlichen und sozialen Krise des Landes verknüpft. Der Drogenhandel wurde vor allem von den ärmeren Bevölkerungsschichten als eine Möglichkeit gesehen, zu schnellem Reichtum zu kommen und bot für viele der illegalen Gruppen eine Finanzierungsquelle.

Am bekanntesten waren die Kartelle von Medellín, Cali, Norte del Valle und der Küste. Durch die Figur seines Anführers, Pablo Escobar, hat vor allem das Kartell von Medellín traurige Berühmtheit erlangt. Escobar war für eine ganze Reihe von Verbrechen verantwortlich, die die Geschichte des Landes geprägt haben, darunter die Ermordung des Präsidentschaftskandidaten Carlos Galán im Jahr 1989. Das Kartell von Cali wurde seit 1985 von den Brüdern Miguel und Gilberto Rodríguez Orejuela angeführt, bis zu deren Verhaftung im Jahre 1995. Der Anführer des Kartells der Küste wurde nach seiner Verhaftung an die USA ausgeliefert. Das Kartell del Norte del Valle wuchs vor allem in den 90er Jahren, nachdem die Kartelle von Medellín und Cali zerschlagen waren. Seine Anführer, wurden 2008 ermordet.

Seit den 80er Jahren begann die FARC mit diesen Kartellen zusammenzuarbeiten, was ihnen den Ruf einer „Narco-Guerrilla“ eintrug. Nach der Demobilisierung der AUC im Jahr 2006 und ihrer Neuorganisation in den „Bandas Emergentes en Colombia“ (BACRIM), verbündeten sich diese auch mit den Guerillagruppen FARC und ELN im Anbau und Handel mit Drogen.

DIE BISHERIGEN FRIEDENSPROZESSE IN KOLUMBIEN

Friedensprozess unter Belisario Bentancur

Seit über fünf Jahrzehnten wird bereits versucht, dem Konflikt in Kolumbien ein Ende zu setzen. Die ersten Verhandlungen nahm der Präsident Belisario Betancur während seiner Regierungszeit von 1982 bis 1986 auf – sowohl mit den FARC, als auch mit der M-19 und der sogenannten Arbeiterselbstverteidigung („Autodefensa Obrera“, ADO). Dabei wurde 1984 eine Feuerpause erreicht und die Demobilisierung eines Teils der FARC. Diese ehemaligen Guerilleros und ein Teil der kommunistischen Partei gründeten daraufhin die politische Partei UP (Unión Patriótica). Die wichtigsten Anführer der FARC, Manuel Marulanda und Jacobo Arenas, kehrten jedoch nicht in das bürgerliche Leben zurück und organisierten die Guerillagruppe bald neu, ein Großteil der Parteimitglieder der UP wurde umgebracht.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
SYLVIA GONTERMANN
YVONNE SCHOLLIERS

September 2012

Aktualisiert: März 2016

www.kas.de/kolumbien

Die Verhandlungen mit der M-19 endeten mit dem Tod ihres Kommandanten Iván Marino Ospina. Danach verschärfte die M-19 ihre Aktionen, die 1985 mit der Einnahme des Justizpalastes ihren Höhepunkt fanden.

Abkommen unter Virgilio Barco

Die bislang erfolgreichsten Verhandlungen wurden unter Virgilio Barco geführt, vor allem mit der M-19, die nach dem Überfall auf den Justizpalast stark dezimiert wurde. Mit den Gesprächen zwischen Januar 1989 und März 1990 wurde die Demobilisierung und Auflösung dieser Guerilla erreicht, die sich danach in einer politischen Partei organisierte.

Auch die Gespräche mit der EPL verliefen erfolgreich und im Mai 1990 konnte ein Abkommen unterzeichnet werden, das die Demobilisierung der meisten Mitglieder dieser Gruppierung zur Folge hatte. Trotzdem entzogen sich einige Kämpfer unter der Führung von Francisco Caraballo dem Prozess, sodass sich die Gruppe erst nach der Gefangennahme von Caraballo 1994 ganz auflöste.

Während der Amtszeit von Virgilio Barco begannen auch Gespräche mit der Guerilla-Gruppe PRT - Partido Revolucionario de los Trabajadores (Revolutionäre Arbeiterpartei), die 1982 gegründet wurde. Dieser Prozess endete mit dem Abkommen von Ovejas im Januar 1991, als bereits César Gaviria die Präsidentschaft übernommen hatte. Damals wurden rund 200 Kämpfer demobilisiert.

Barco hatte sogar Verhandlungen mit der sogenannten CGSB - Coordinadora Guerrillera Simón Bolívar (CGSB) begonnen, einer Dachorganisation der FARC, ELN und der Dissidenten der EPL. Jedoch blieben diese Verhandlungen ohne Erfolg.

Verhandlungen unter César Gaviria

Außer der Unterzeichnung des oben genannten Abkommens mit der PRT hat der Präsident César Gaviria Trujillo (1990 - 1994) die Demobilisierung der bewaffneten indigenen Bewegung „Movimiento Armado Quintín Lame“ erreicht. Als im März 1991 die Verfassungsgebende Versammlung erstmals zusammentrat, legten 150 Kämpfer dieser Gruppierung in einer Zeremonie in Pueblo Nuevo die Waffen nieder.

Gaviria versuchte zum dritten Mal, einen Dialog mit der CGSB. Im Mai 1991 wurde der Beginn von Verhandlungen in Caracas, Venezuela beschlossen. Aber wegen des Putsches gegen den Präsidenten Carlos Andrés Pérez in Venezuela mussten die Gespräche nach Mexiko verlegt werden.

Die Verhandlungen fanden jedoch ein jähes Ende als die EPL den ehemaligen Minister Argelino Durán Quintero entführte, der in der Gefangenschaft einem Herzinfarkt erlag.

Das Abkommen von Puerta del Cielo (Himmelsporten)

Während der Amtszeit von Ernesto Samper (1994 - 1998) wurden die wichtigsten Verhandlungen mit der ELN im Kloster Himmelsporten bei Mainz begonnen. Dabei spielte auch der deutsche Vermittler, Werner Mauss, eine wichtige Rolle. Er organisierte 1996 für die führenden Köpfe der ELN eine Reise nach Europa, unter anderem auch in den Vatikan, wo die katholische Kirche den Friedensplan segnete.

Danach gab es Treffen in Spanien, wo 1998 ein geheimer Vorvertrag unterzeichnet wurde, der jedoch verworfen wurde, nachdem die Presse darüber berichtete.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
SYLVIA GONTERMANN
YVONNE SCHOLLIERS

September 2012

Aktualisiert: März 2016

www.kas.de/kolumbien

Im Juli 1998 wurde im Kloster Himmelsporten (span.:Puerta del Cielo) bei Würzburg ein Vorschlag der Guerilla für eine „Convención Nacional“ (nationales Abkommen) erarbeitet. Es blieb jedoch bei den guten Vorsätzen.

Der Friedensprozess unter Andrés Pastrana

Den vorerst letzten Versuch eines formellen Friedensprozesses unternahm der Präsident Andrés Pastrana (1998 - 2002) mit der FARC in einer Zone, die fünf Gemeinden umfasste und zu diesem Zweck entmilitarisiert wurde.

Formell begann dieser Prozess am 7. August 1999, als das Gipfeltreffen zwischen Präsident Pastrana und dem Obersten Kommandanten der FARC, Manuel Marulanda, in San Vicente del Caguán stattfinden sollte. Der Präsident wartete jedoch vergeblich auf Marulanda. Sein Stuhl blieb leer.

Trotz dieses Affronts wurde der Prozess fortgeführt und immer wieder aufgrund von Attentaten, Entführungen und anderen Übergriffen der Guerilla-Gruppe unterbrochen. Der größte Fortschritt bestand in einer gemeinsamen Agenda, die am 6. Mai 1999 von beiden Parteien unterzeichnet wurde.

Im Jahr 2000 bot die FARC einen einseitigen Waffenstillstand an und einige ihrer Mitglieder, allen voran Raúl Reyes, erhielten die Erlaubnis, mit dem Hochkommissar für den Frieden in mehrere europäische Länder zu reisen.

Trotzdem setzte die FARC danach ihre terroristischen Aktionen fort. Es gab neue Entführungen von Politikern und Militärs, unzählige Morde und weitere Verstöße gegen die Menschenrechte, so dass der Friedensprozess schließlich am 20. Februar 2002 nach einer Flugzeugentführung für gescheitert erklärt wurde.

Anschließend wurde der Prozess vielfach kritisiert, da die Guerilla die fast drei Jahre Entmilitarisierung im Caguán nutzte, um sich militärisch neu aufzubauen und letztlich sogar gestärkt aus den Verhandlungen herausging.

Verhandlungen mit den Paramilitärs in der Regierung Uribe

Während der beiden Amtszeiten von Álvaro Uribe (2002 bis 2010) fand in Rialito der erfolgreichste Demobilisierungsprozess der AUC („Autodefensas Unidas de Colombia“) statt.

Die AUC wurden danach offiziell für aufgelöst erklärt, doch wurde der Prozess von verschiedenen kolumbianischen und internationalen Seiten kritisiert, vor allem wegen der Straffreiheit für die Paramilitärs, mangelnder Information der Öffentlichkeit und weil große Teile der AUC sich danach unter anderem Namen neu organisierten und heute als kriminelle Vereinigung BACRIM agieren.²³

AKTUELLER FRIEDENSPROZESS

Die wichtigsten Daten der Friedensverhandlungen

- Am 23. Februar 2012 beginnen die Vorverhandlungen zwischen der Regierung Santos und der FARC in Havanna, Kuba.
- Am 27. August 2012 bestätigt Präsident Santos die Gerüchte über die Fortschritte von Vorgesprächen zu neuen Friedensverhandlungen mit der FARC.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
SYLVIA GONTERMANN
YVONNE SCHOLLIERS

September 2012

Aktualisiert: März 2016

www.kas.de/kolumbien

- Am 8. November 2012 wird erstmal das Gespräch zwischen den verfeindeten Parteien in Oslo eröffnet. Norwegen und Kuba fungieren dabei als Garanten des Prozesses, während Chile und Venezuela ihn begleiten.
- Am 19. November 2012 beginnen die offiziellen Verhandlungen in Havanna, Kuba. Hierbei verkündet die FARC auch einen unilateralen Waffenstillstand, der allerdings im Verlauf der Verhandlungen wiederholt gebrochen und neu verkündet wird.
- Am 27. Mai 2013 wird ein erstes Teilabkommen zum Thema der ländlichen Entwicklung unterzeichnet.
- Am 6. November 2013 wird das Abkommen über einen weiteren Teilbereich unterschrieben: die politische Partizipation der ehemaligen FARC-Kämpfer
- Am 18. Mai 2014 wird ein vorläufiges Abkommen über die Bekämpfung des illegalen Drogenhandels abgeschlossen.
- Im März 2015 reist Santos durch Europa, um für die (vor allem finanzielle) Unterstützung des Friedensprozesses zu werben.
- Am 4. Juni 2015 wird durch einen gemeinsamen Beschluss der Regierung und der FARC die Einrichtung einer Wahrheitskommission nach Abschluss des Friedensabkommens verkündet.
- Am 23. September 2015 wird eine Einigung im Punkt der Übergangsjustiz erzielt. Laut kolumbianischen Medien ist man damit bei einem point of no return angelangt, da frühere Friedensverhandlungen häufig aus diesem Grund scheiterten.
- Zu diesem Anlass verkündet Santos auch, dass das endgültige Abkommen am 23. März 2016, also ein halbes Jahr später unterzeichnet werden soll.⁴ Dieses Datum scheint aber im Hinblick auf jüngste Berichte über den Verlauf der Verhandlungen unwahrscheinlich.⁵ Dennoch ist eine Unterzeichnung des Friedensabkommens mit der FARC wahrscheinlich noch in diesem Jahr zu erwarten.

Agenda

Im Unterschied zu den vorherigen Prozessen, gab es bei dieser neuen Annäherung an die illegale Gruppierung von Anfang an eine feste Agenda, die fünf für die kolumbianische Gesellschaft entscheidende Themenbereiche vorsieht:

- Integrale landwirtschaftliche Entwicklungspolitik
- Politische Partizipation der ehemaligen FARC-Kämpfer
- Entschädigung der Opfer
- Lösung des Problems des illegalen Drogenhandels
- Ende des bewaffneten Konflikts (Rückgabe/ Niederlegung der Waffen)

Prinzipien der Regierung

Am 27. August 2012 versicherte Präsident Juan Manuel Santos den Kolumbianern: "diese Dialoge finden unter den folgenden Prinzipien statt: erstens, aus den Fehlern der Vergan-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
SYLVIA GONTERMANN
YVONNE SCHOLLIERS

September 2012

Aktualisiert: März 2016

www.kas.de/kolumbien

genheit zu lernen, um sie nicht zu wiederholen; zweitens, jeglicher Prozess muss zu einem Ende des Konfliktes führen und nicht zu seiner Verbreitung; und drittens, die militärische Präsenz und ihre Operationen werden auf jedem Zentimeter des kolumbianischen Territoriums beibehalten.“⁶ Seine Wiederwahl 2014 war ein klares Zeichen der Kolumbianer für die Weiterführung der Friedensverhandlungen mit der FARC. Tatsächlich wurde die Kampagne hauptsächlich vom Thema Friedensprozess bestimmt.⁷ Dennoch ist das Thema auch in der Politik weiterhin umstritten. In seinem Kampf gegen ein solches Abkommen gründete der ehemalige Präsident Álvaro Uribe sogar eine neue Partei, das Centro Democrático, die als einzige nicht der Anfang 2016 gegründete Parteikoalition „Einheit für den Frieden“ angehört.⁸ Diese Koalition verfolgt den Zweck, schnelle Einigungen in Fragen, die den Friedensprozess mit der FARC betreffen, zu finden und dadurch einen Abschluss desselben zu beschleunigen.

Positionen der FARC

Auf der Gegenseite erklärte am 4. September der oberste Befehlshaber der FARC, Rodrigo Londoño Echeverri alias „Timochenko“, in einem Video zum Friedensprozess „Die Lösung liegt nicht im Krieg, sondern in einem zivilisierten Dialog“. Damit gab er der kolumbianischen Bevölkerung ein Zeichen der Hoffnung und machte klar, dass die Guerilla-Gruppe bereit sei, sich an einem Verhandlungsprozess zu beteiligen, um so einen friedlichen Ausweg aus dem Konflikt zu suchen.⁹ Im Verlauf der Verhandlungen sorgten aber mehrere Aktionen der FARC für Verunsicherung hinsichtlich ihrer Absichten in der Bevölkerung. Hierdurch sank auch die Zustimmung zum Friedensprozess zusehends. Einer Umfrage der Gallup Ltda. von Anfang des Jahres 2016 zufolge, haben 91 Prozent der Kolumbianer ein negatives Bild von der Guerilla-Gruppe.¹⁰

Die einzelnen Phasen des Prozesses

- Phase 1: Endete am 27. August 2012 mit der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Regierung und der Guerilla mit einer Agenda für den Dialog.
- Phase 2: Besteht aus Verhandlungen zwischen FARC und Regierung, die seit dem 19. November 2012 in Havanna, Kuba, geführt werden und bis heute andauern. Die bisherige Entwicklung der Friedensverhandlungen und deren bis dato geschlossene Übereinkünfte können Sie in folgenden Artikeln auf der Website der KAS Kolumbien nachlesen: [„Verhandlungen zur Unterzeichnung des Friedensvertrags auf der Zielgeraden“](#)¹¹ und [„Wichtige Punkte des Friedensabkommens“](#)¹².
- Phase 3: Umsetzung der Vereinbarungen nach Unterzeichnung des Friedensabkommens. In diesem Schritt wird es auch um die umstrittene Frage der Ratifizierung gehen. Während Präsident Santos ein Plebiszit fordert, sehen andere keinen Grund hierfür. Die FARC fordert eine verfassungsgebende Versammlung zu diesem Zweck. Zudem muss das unterschriebene und gegebenenfalls ratifizierte Abkommen auch in die Tat umgesetzt werden. Eine Auflistung und Analyse der hierfür nötigen Reformen finden Sie im Artikel: [„Und was kommt danach?“](#)¹³, der ebenfalls auf der Website der KAS Kolumbien zu finden ist.

OPFER DES KONFLIKTS

Nach Angaben des staatlichen Observatoriums für Menschenrechte sind die Zahlen der Toten im bewaffneten Konflikt von 28.775 im Jahre 2002 auf 14.712 im Jahr 2011 zurückgegangen, die Zahl der Massaker hat sich auf ein Drittel reduziert, ebenso wie die gezielten Morde an Politikern, Lehrern, Gewerkschaftern oder Journalisten. Auch gab es im Jahr 2002 noch 2.882 Entführungen, während es in 2011 „nur“ noch 305 waren. Die Zahl der von ihrem Land vertriebenen Binnenflüchtlinge ist von 483.530 im Jahre 2002 auf 159.337 in

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
SYLVIA GONTERMANN
YVONNE SCHOLLIERS

September 2012

Aktualisiert: März 2016

www.kas.de/kolumbien

2011 zurückgegangen. Insgesamt haben jedoch in Kolumbien zwischen 1997 und 2010 fast 3,5 Millionen Menschen ihre Heimat verloren.

¹ "Editorial: Renace la Unión Patriótica." Ta-geszeitung El Tiempo. 11. Juli 2013.

<http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-12924130>

² Caracol Radio. "Los procesos de paz en Colombia." Caracol. 27. August 2012.

http://caracol.com.co/radio/2012/08/27/nacional/1346079900_751087.html

³ "Procesos de paz en Colombia." Centro de Memoria, Paz y Reconciliación. 2016.

<http://centromemoria.gov.co/HechosDePaz/>

⁴ Redacción de Justicia. "Por qué hoy es un día histórico para Colombia." Tageszeitung El Tiempo. 23. September 2015.

<http://www.eltiempo.com/politica/justicia/santos-y-timochenko-en-la-habana-fecha-de-firma-de-paz/16384570>

⁵ "Proceso de Paz. Cronología del Proceso." La Silla Vacía.

<http://lasillavacia.com/silla-blanca>. (Zugriff am 7. März 2015)

⁶ Übersetzt nach „El segundo tiempo de Santos: un giro hacia la paz." Semana. 27. August 2012. <http://www.semana.com/politica/segundo-tiempo-santos-giro-hacia-paz/183483-3.aspx>

⁷ Urrego, Rodrigo. "Juan Manuel Santos es reelegido presidente 2014-2018". Wochenzeitung Semana. 15. Juni 2014.

<http://www.semana.com/nacion/ecciones-2014/articulo/resultados-de-la-segunda-vuelta-de-las-presidenciales/391874-3>

⁸ Estatutos Centro Democrático. <http://www.centrodemocratico.com/sites/default/files/wp-content/uploads/2014/07/Estatutos-Centro-Democr%C3%A1tico-Final-Asamblea-15-de-Julio-2014.pdf>

⁹ „FARC: ‚La salida no es la guerra sino el diálogo civilizado“. Wochenzeitung Sema-na. 4. September 2012.

<http://www.semana.com/nacion/articulo/farc-la-salida-no-guerra-sino-dialogo-civilizado/264167-3>

¹⁰ León, Juanita. "La paz no ilusiona a los Colombianos." La Silla Vacía. 2.3.2016.

<http://lasillavacia.com/historia/la-paz-no-ilusiona-los-colombianos-53265> (Zugriff am 3.3.2016)

¹¹ Gehring, Hubert et al. „Kolumbien: Verhandlungen zur Unterzeichnung des Friedensvertrags auf der Zielgeraden“. KAS Länderberichte. März 2016.

¹² Gehring, Hubert et al. „Wichtige Punkte des Friedensabkommens“. KAS Dokumentation. März 2016.

¹³ Gehring, Hubert et al. „Was kommt nach dem Friedensvertrag?“ KAS Politische Analyse. März 2016.